

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Reizungsbedingungen und Anzeigenspreise, sowie Verlagen, Erschließungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe ausgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells.) H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz LI 800, 11 801 11 802 bis 11 850 sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Kein Recht zur Besetzung Helgolands.

Der deutsche Rückmarsch.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Karlsruhe, 10. November.

Seit Sonnabend hat der Durchzug der heimkehrenden Krieger durch das pfälzische und badenische Gebiet großen Umfang angenommen. Überall wird den Soldaten ein festlicher Empfang bereitet. Karlsruhe prangt seit gestern im buntesten Flanngenschmuck. Vom frühen Morgen an durchzogen Scharen von Feldgrauen auf geschmückten Lastwagen und blumenbekränzten Autos die Straßen, von der Menge mit Hochrufen begrüßt. In Mannheim sind bereits über 100 000 Mann in den letzten Tagen durchgezogen. Nach übereinstimmenden Berichten wickelt sich der Rückmarsch bei trockenem Wetter flott und ohne Störung ab. Die Truppen durchqueren ohne Aufenthalt das als neutrale Zone bestimmte Gebiet und streben weiter ostwärts nach den ihnen angewiesenen Sammelplätzen im östlichen Baden und Württemberg. Verpflegung und Unterbringung machen keine Schwierigkeiten, da umfassende Vorbereitungen voranzuschreiten sind. Der Eisenbahnverkehr hat sich im Laufe des Montags ganz außerordentlich gesteigert. In verhältnismäßig kurzen Zwischenräumen sollen die Militärzüge durch die hiesigen Bahnhöfe. Aber auch im Eisenbahnbetrieb sind Störungen bisher nicht vorgekommen. Gleich glänzend lautende Meldungen über die Demobilisierung liegen aus anderen badischen Städten, besonders Freiburg, vor.

* Wien, 10. November.

Das Nachrichtenbüro des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Nach Informationen der militärischen Stellen wird die Demobilisation für die linke Rheinseite in den nächsten Tagen angesetzt. Die Woge der Frontsoldaten wird sich in den nächsten Tagen in gemaltiger Weise über Köln ergießen. Nach der „N.N. Sta.“ werden zwei große Armeen, die 6. und 17., in Kürze verladen müssen, im schmalen Raum zwischen südlich Neuch und nördlich Bonn den Weg über den Rhein zu nehmen. Zu jeder Armee gehören nicht weniger als 400 000 Mann, denen sich 140 000 bis 150 000 Pferde mit unzähligen Wagen und Geschützen anschließen werden. In fünf bis sechs Tagen muß eine ungeheure Menge von Menschen über den Rhein und die neutrale Zone hinweg in das Innere Deutschlands befördert werden. Am 6. Dezember ist die feindliche Besetzung zu erwarten. Was dann noch an Militär und Militärgerät sich hier befindet, wird interniert oder beschlagnahmt.

Die Besetzung Elsaß-Lothringens.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Strasbourg, 10. November. (E. U.)

Dem Straßburger Soldatenrat ist folgendes Telegramm der Berliner Reichsleitung zugegangen: „Die Besetzung Elsaß-Lothringens durch den Verband präjudiziert nicht die Lösung der elsäß-lothringischen Frage nach den völkerrechtlichen Grundgesetzen und der Selbstbestimmung der Völker. gez. Oberst, Dosa.“

Wetz, 18. November.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind die ersten Vortruppen der Alliierten, Franzosen, Engländer und Amerikaner, in Autos sowie in kleineren Abteilungen hier eingetroffen. Müllhausen ist seit Freitag von drei französischen Infanterie-Regimenten besetzt. In Kolmar sind heute mittag französische Kruppen eingezogen.

Saag, 10. November.

Am 18. November sind die französischen Kruppen in Saarbrücken eingezogen.

* Genf, 12. November.

Western land in Paris eine große Kundgebung wegen Elsaß-Lothringens statt. Poincaré hielt eine Rede, in der er an die Sitzung der Kammer vom 4. August 1914 erinnerte, wo die feierliche Verpflichtung übernommen wurde, die Waffen nicht eher niederzulegen, bis Elsaß-Lothringen zurückgegeben worden sei. Jetzt sei nach vierjährigem hartem Kampfe das Ziel erreicht. Elsaß-Lothringen sei wieder französisch. Poincaré bemühte sich dann, die Annexion Elsaß-Lothringens zu rechtfertigen. Er behauptete, Elsaß-Lothringen gehöre durch seine geographische Lage zu Frankreich. Uebrigens sei Deutschland selbst gezwungen, sich in die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich zu fügen, „da es Frankreich um Hilfe angerufen habe, um seine Soldaten gegen die Bevölkerung zu schützen.“ (?) Die beiden Provinzen seien auch

durch den Protest der elsäß-lothringischen Abgeordneten auf der französischen Nationalversammlung, durch die Erklärung der Vertreter Elsaß-Lothringens im Reichstag mit vollem Recht wieder französisch geworden. Eine Volksabstimmung würde dagegen nichts belagen, da diejenigen Elsaß-Lothringer nicht abstimmen können, die der Frankfurter Friede aus dem Lande getrieben hat. Das allgemeine Gewissen verlangt die einfache Rückgabe Elsaß-Lothringens.

Die Internierung der Schiffe.

Wie bekannt, hatte sich England vorbehalten, Helgoland zu besetzen für den Fall, daß wir den Bedingungen im Waffenstillstandsvertrag hinsichtlich der Bestimmung von deutschen Schiffen nicht nachkommen würden. Nach den Bestimmungen des Vertrages sollte dieser Fall eintreten, wenn die festgesetzte Zahl von Schiffen bis zum 18. November nicht in Bewegung gesetzt seien. Hierzu erfahren wir, daß die fraglichen Schiffe sich auf Wilhelmshaven-Nebe versammelt haben und am gestrigen Montag in See gegangen sind. Irrendem Recht zur Besetzung Helgolands durch den Feind besteht also nicht. — In dem Waffenstillstandsvertrag ist gesagt, daß eine Reihe deutscher Schiffe „interniert“ werden sollen. Von irgendwelcher Auslieferung oder Uebergabe dieser Schiffe wird nichts erwähnt, sondern es wird ausdrücklich nur von einer Internierung nach erfolgter Abklärung gesprochen. Mit dieser klaren Bestimmung stehen einige Zusatzbestimmungen im Widerspruch, in denen das Wort „surrendered“ gebraucht wird, was soviel wie Uebergabe oder Auslieferung bedeutet. Es heißt dort auch, daß diese Schiffe mit Material übergeben werden sollen. Für uns gilt natürlich nur der Waffenstillstandsvertrag, und wir haben die Schiffe deshalb auch in abgerüstetem Zustand mit nur kleinen Besatzungen gestellt, die auch noch zum Seil zurückgeschickt werden muß. Eine Auslieferung oder Uebergabe unserer Schiffe hat also nicht stattgefunden.

* Kopenhagen, 10. November.

„Stockholms Tidningen“ erfährt mit Bezug auf die Forderung der Entente nach Auslieferung der nach Schweden geflüchteten deutschen U-Boote über die Auffassung der schwedischen Regierung folgendes: Da der Waffenstillstand nicht mit dem Abschluß des Krieges gleichbedeutend ist, erlaubt Schweden als neutrale Macht, die internierten Schiffe nicht ohne Ersuchen beider Parteien auszuliefern zu können.

fr Wien, 18. November.

Nach einer Agramer Meldung hat der Versailler Kriegsrat den Kommandanten der Ententeslotte verständigt, daß der Kriegsrat von den im Waffenstillstand getroffenen Abmachungen über Auslieferung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Flotte Abstand nimmt und anerkennt, daß die Flotte in den Besitz der Südlawen übergegangen ist. Den Italienern ist daher keine Schiffsentzweiung auszufolgen.

Die Schleswigsche Frage.

Von Verhandlungen des Deutschen Reiches mit Dänemark wegen Schleswig-Holstein war in der letzten Zeit in der Presse häufig die Rede gewesen. Es hieß, die Verhandlungen seien zum Abschluß gekommen, es sei eine Verständigung mit Dänemark auf der Grundlage erzielt worden, daß alles Land nördlich einer Linie Løndern-Slesvig im Friedensvertrag an Dänemark abgetreten werde. Hierzu erfahren wir von unterrichteter Seite, daß offizielle Verhandlungen mit Dänemark nicht im Gange sind, so daß auch von einer Verständigung mit Dänemark auf der erwähnten Grundlage nicht die Rede sein kann. Daß auch nicht offizielle Verhandlungen zwischen Schweden oder geschweht haben, soll damit freilich nicht unter allen Umständen bestritten werden.

Wilson bei den Vorverhandlungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Bern, 18. November.

Wilson wird nicht nur an der Friedenskonferenz teilnehmen, sondern auch an den Vorverhandlungen innerhalb der Entente, die ungefähr am 10. Dezember beginnen.

Neue Krisis in der Ukraine.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

Dr. Max Osborn.

Der „Vorwärts“ nimmt von einer in Berlin mit großer Bestimmtheit aufgetretenen Nachricht Kenntnis, daß der Hetman der Ukraine, Skoropadski, gestürzt sei. Wer seine Erbschaft angetreten hat, sei noch nicht bekannt, doch sei mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß seine Nachfolger in demselben Verhältnis zur Entente stehen dürften, in dem der Rosalengeneral zu der deutschen Besatzung gestanden hatte. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor. Wie sich in der Ukraine die Dinge in den letzten Tagen gestaltet hatten, geht aus der nachfolgenden Schilderung unseres Sonderberichterstatters aus Kiew vom 10. November hervor.

Die innerpolitischen Zustände in der Ukraine haben über Nacht einen kritischen Charakter angenommen. Wie schon in der „Vossischen Zeitung“ mitgeteilt wurde, hat der Hetman Skoropadski eine gründliche Wendung seiner Politik vollzogen. Er hat Beziehungen zur Entente angeschlossen und sich kurz entschlossen der pro-russischen Bewegung zugewandt. Er hat darüber eine Proklamation erlassen, die gestern in den Blättern erschien und den Wirgern der Ukraine verkündete, daß er nunmehr für einen föderativen Zusammenschluß der russischen Teilstaaten eintrete. Das alles ist vernünftig und begründlich. Um über diesen Weg zu verfahren, hat der Hetman nicht an die Einkassierenden, sondern an die Rechtsstehenden der großrussischen Parteien Anschluss gesucht, er hat das demokratische Ministerium, das knapp drei Wochen alt war, aufgelöst und ein neues Kabinett gebildet, das sich hauptsächlich aus rechtsstehenden Kadetten rekrutiert. Veränderungen mußten vorgenommen werden, darüber war kein Zweifel. Mit dem Ministerpräsidenten Lisogub und mit dem Außenminister Doroschenko wollte die Entente nicht verhandeln. Doch auch von den ausgesprochen demokratischen Mitgliedern des zweiten Kabinetts Lisogub hat der Hetman sich getrennt. Daß diese zugleich den ukrainischen Nationalisten nahestanden, hat an sich keinen Zwang zur Trennung; denn auch die Angehörigen des Nationalbundes haben eine Schwankung vollzogen und sich zum großen Teil der bisher im stillen wirkenden Vereinigung „Westrussische Partei“ (Auserlesene Russlands) angeschlossen, die eine Erneuerung des alten Reiches auf demokratischer Grundlage auf ihr Programm gesetzt hat. Diese Vereinigung hat ein Zentrum in der westsibirischen Stadt Ufa gefunden, von wo aus, wie ich schon früher berichtete, die demokratisch-archaische Propaganda seit einiger Zeit betrieben wird, und für die ukrainischen Verhältnisse hat sie die Formel geprägt: „Eine freie Ukraine in einem freien Rußland“. Das Haupt der in Ufa wirkenden Politiker ist Wozentjew, der ehemalige Präsident des allrussischen Vorparlaments aus den Anfängen der Revolutionzeit.

Mit diesen Kreisen hat der Hetman keine Fühlung gesucht. Er begegnete dort allerdings mannigfacher Gegenwehr, da die Ufaleute auf eine ukrainische Volkrepublik hinstreben, zu der der jetzige halbmonarchische Charakter, den die Hetmanschaft tatsächlich angenommen hat, in Widerspruch steht. So berief Skoropadski, indem er alle demokratischen Formen zunächst vertagte, ein Kabinett, in dem die Einkassierenden eine reaktionäre Körperschaft erblickten. Ministerpräsident ist jetzt Gersel, der bisherige Ernährungsminister, der zugleich das Landwirtschaftsministerium übernimmt; das Ministerium des Innern aber kehrt der von den Linken leidenschaftlich gehaßte Kistjalkowski zurück. Sonst sind noch zu nennen Finanzen Kropotkin, Krieg Schuchtoi, Handel Merling, Justiz Reinbott.

Die Folge ist Gärung und Unzufriedenheit. Das Verbot des Nationalkongresses zum 17. November blieb nicht allein. Es wurde ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen. Erstem hielt eine Gruppe sozialistisch-demokratischer Studenten, die schon vorgestern einen Demonstrationzug unternommen hatten, gestern vormittag im Botanischen Garten hinter der Universität eine Versammlung ab. Von dort aus bewegte sich die Gruppe durch die Straßen wurde dort von Polizisten angehalten, mit denen sie sich jedoch in Ruhe auseinandersetzte, ließ dann aber auf unvermutete Gegenwehr. In Automobilen kamen Offiziere der Astrachan-Armee herbei, und es kam zu einer blutigen Schießerei, bei der ungefähr zwanzig Studenten getötet, eine größere Zahl verwundet wurden. Die Erregung in der Stadt ist sehr groß. Man befürchtet neu

Zusammenstöße und Unruhen, und die Gefahr ist hier niemals von der Hand zu weisen, daß sich mitten in den Kampf der politischen Parteien und Lösungsfragen mischen, um ein neues Chaos heraufzubekommen. Eine große Reihe von Verhaftungen ist vorgenommen worden. Auch Winnikow wurde verhaftet. Dagegen planen die Demokraten und Sozialisten eine allgemeine Streik. Der Ausgang des Konflikts erscheint recht ungewiß.

Für uns Deutsche haben zurzeit alle diese Dinge hier nur insoweit Interesse, als die Frage entsteht, ob sie die Abwicklung unserer Räumung und die Heimkehr der Truppen beeinträchtigen. Der Soldatenrat ist nach wie vor entschlossen, sich in die inneren Streitigkeiten des Landes nicht hineinzumischen, auch die deutsche Gendarmenwache ist zurückgezogen worden, und man ist übereingekommen, nur jedem Versuch entgegenzutreten, der die Heimkehr verzögern oder stören könnte.

Englands Stellung zu den Ostfragen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 19. November.

Im Unterhause sagte Lord Robert Cecil auf eine Anfrage von Lord Balfour, es sei ihm nicht möglich, über die Frage einer militärischen Aktion in Rußland irgendwas zu sagen, auch nicht, ob sie überhaupt unternommen werden solle oder nicht. Die englische Regierung habe gewiß keine Lust, am Ende des großen Krieges England in militärische Operationen zu verwickeln, jedoch habe sich die sogenannte russische Regierung derartiger Übergriffe gegen England schuldig gemacht, daß gegenüber einer zivilisierten Regierung England unfröhenlich berechtigt wäre, mit bewaffneter Hand einzugreifen. Und wenn England wohl verpflichtet sei, in erster Linie mit den Interessen und Wünschen des russischen Volkes zu rechnen, so habe die bolschewistische Regierung als solche doch keinen Anspruch auf irgendwelche Rücksicht, soweit die englische Regierung in Betracht komme.

Ueber Armenien äußerte sich Cecil dahin, daß die Entente für Lebensmittel sorgen wolle. Was die Forderung nach Vertreibung der türkischen Regierung aus Konstantinopel betreffe, so müsse man bedenken, daß Konstantinopel eine überwiegend türkische Stadt sei. Auf jeden Fall werde dieser Punkt bei der Friedenskonferenz zur Sprache gelangen. Es sei jedenfalls ganz sicher, daß man den übrigen Mächten, die in Konstantinopel vorherrschen, nicht gestatten könne, das Übergewicht zu behalten, und daß die Araber und der Dossopus für den Weltmarkt in Zukunft absolut frei bleiben müßten. Wenn das gesichert sei, so verliere die Frage, wer in Konstantinopel tatsächlich herrsche, an Bedeutung.

Auf eine Anfrage über Rumänien, antwortete Balfour, die deutschen Streitkräfte hätten das seit dem Friedensschluß als neutral bezeichnete Rumänien kürzlich zur Basis von Kriegsmassnahmen gegen die Alliierten gemacht. Die britische Regierung übernehme daher keine Verantwortung für Kriegshandlungen, zu denen sie durch die Anwesenheit feindlicher Truppen auf rumänischem Gebiete gezwungen werden könnte.

Darauf sprach Donar Law über die Revolution, die über Europa geht, und sagte, er sehe der Zukunft mit Hoffnung und Mut entgegen, und zwar, weil die englischen Staatsleistungen auf der festesten aller Grundlagen beruhen. Nichts sei fester begründet als der britische Thron, der das britische Reich so fest zusammenhalte, daß es in jedem Falle eine ehrenvolle Rolle zu spielen.

Alexandrette von den Franzosen besetzt. Vizeadmiral Amet, Kommandant des 2. französischen Geschwaders, das im Bosporus vor Anker liegt, ist zum Oberkommissar der Republik bei der osmanischen Regierung ernannt worden. — Alexandrette wurde von französischen Truppen besetzt.

Baku wieder in englischer Hand. Das Londoner Kriegsrat teilt mit: Am 17. November nahmen die britischen und russischen Truppen Baku.

Die Vorbereitung der Sozialdemokratie.

Das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, „Die Freiheit“, behauptet, die Regierung sei entschlossen, die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige, in denen die Vorbereitungen für die Vergesellschaftung gegeben seien, sofort in Angriff zu nehmen. Es werde unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen berufen werden, die unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Reichsämter die nötigen Maßnahmen beraten und zur Durchführung bringen werde. Das Blatt erklärt gleichzeitig, eine derartige Fortführung der Revolution bilde die beste Sicherung der Einberufung der Nationalversammlung, wohl ein Aufschub der revolutionären Forderungen verhängnisvolle Witternisse und Komplikationen hervorgerufen könne.

Aus diesen Ausführungen muß man schließen, daß innerhalb der sozialistischen Regierung eine Art Kompromiß auf der Grundlage zustande gekommen ist, daß die Einberufung der Nationalversammlung abhängig gemacht werden soll von der vorherigen Einleitung einer grundlegenden Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß eine solche Umgestaltung überall da, wo sie nicht produktionshemmend wirkt, sondern lediglich die Ueberführung eines Privatmonopols unter die öffentliche Kontrolle bezweckt, eine Notwendigkeit darstellt, der sich kein verständiger Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitiker entziehen wird.

Auf der Nationalversammlung ist ohne jeden Zweifel eine überwältigende Mehrheit für jede soziale Reform vorhanden, die sich mit dem im Augenblick wichtigsten Prinzip der Wirtschaftlichkeit im Interesse aller verträgt. Die Vertreter der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung müßten ein ganz ungläubliches Maß von Unfähigkeit besitzen, wenn sie es nicht fertig brächten, unberechtigte Einwendungen und Hemmnisse zu überwinden und die sozialen Errungenschaften der Revolution im Interesse eines stetigen Aufstieges aller schaffenden Volkskräfte sicherzustellen. Wir halten jedes Mißtrauen in dieser Beziehung für gänzlich ungerechtfertigt, da die Entwicklung sich unaufhaltsam vollziehen wird. Um so mehr müssen wir aber aus prinzipiellen Gründen davor warnen, der Ungebildeten ungeschulter Schichten nachzugeben und die Entscheidung der Nationalversammlung auszuhalten, die auf demokratischem Wege zu demselben Ergebnis führen wird, das durch Dekrete erstrebt werden soll.

Die Ranzleireform. Die im Justizministerium seit den letzten Staatshaushaltsberatungen aufgenommenen Vorarbeiten über die Reform der Ranzlei sind vor mehreren Wochen zum Abschluß gelangt. Das bisherige Schreiblohnsystem soll vollständig verlassen, die Ueberarbeit befristet und eine feste Bezahlung aller Ranzleiangestellten durchgeführt werden.

Die Ernennung Unterstaatssekretärs Hoff zum Minister der öffentlichen Arbeiten und Mitglied der preussischen Regierung wird jetzt amtlich mitgeteilt.

Der Achtstundentag bei den Eisenbahnen. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gibt bekannt: In Haupt- und Nebenwerkstätten sowie den übrigen fabrikartigen Betrieben der Staatseisenbahnverwaltung, ferner für jede der fabrikartigen ähnliche ununterbrochene Tätigkeit im Staatseisenbahnbetriebe wird sofort der achtstündige Arbeitstag eingeführt. In allen anderen Dienstzweigen ist die tägliche Dienstdauer für Beamte und Arbeiter um eine Stunde, jedoch nicht unter acht Stunden, zu kürzen, sobald Anforderungen des Dienstes dies irgend zulassen. Der anzustrebende Zustand ist auch hier, daß die reine Arbeitszeit jedes Volkenmenschen täglich nur acht Stunden betrage. Mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit soll keine Schwächung des Arbeitsverdienstes verbunden sein.

Die polnische Reichstags- und Landtagsfraktion veröffentlicht in polnischen Blättern einen Aufruf, in dem es heißt: „Unter der Wucht des Gerechtigkeitswertes ist das preussische System — ein Feind der Menschheit — verschwunden. Soweit es

in unserem Interesse zu der Ausgabe der Arbeiter- und Soldatenräte gehört, Ruhe und Ordnung zu erhalten und die Ernährungsfrage zu regeln, fordern wir das polnische Volk auf, in diesen Grenzen überall mit ihnen mitzuwirken, sich dabei aber den gehörigen Einfluß zu sichern. Ueber national-politische Fragen dürfen diese neuen Götter nicht entscheiden. Das künftige Polen wird ein Volksstaat sein und sich nur auf das Volk stützen. Infolgedessen entstehen mit unserem Einverständnis Volksräte, die im Hauptvolksrat ihren Stützpunkt finden. Ihren Befehlen muß jeder Pole unbedingt Folge leisten. Es lebe das unabhängige, vereinigte Volkspolen!“

Wie groß soll Deutschland sein?

Die bisherige „Nordd. Allg. Ztg.“, die jetzt mit Rücksicht auf die große Erneuerung im Reich den Titel „Deutsche Allgemeine Zeitung“ angenommen hat, behandelt die Frage Deutsch-Oesterreichs in einer Weise, die besser zu dem alten Zeitungstitel gepaßt hätte. Das Blatt schreibt:

In Deutsch-Oesterreich scheint es, wie wir zuverlässig hören, vorzuzugeln zu haben, daß die deutsche Regierung auf die Anschließung Deutsch-Oesterreichs an die deutsche Volksrepublik nicht ausdrücklich zustimmend und damit großmütig geantwortet hat. Man hätte eine etwas präzisere Erklärung gewünscht. Selbstverständlich würde der Anschluß Deutsch-Oesterreichs in ganz Deutschland mit Freude begrüßt werden, aber die deutsche Regierung muß gegenwärtig bei allen staatsrechtlichen Erklärungen Rücksicht auf die Entente nehmen. Soweit bekannt, macht sich bei dieser ein Widerstand gegen die Vereinigung nur auf Seiten Frankreichs, nicht aber bei England und den Vereinigten Staaten bemerkbar, die sich mit dem Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die deutsche Republik einverstanden erklären dürften.

Dieser Bemerkung gegenüber kann man nur die Hoffnung aussprechen, daß sie keinen offiziellen Charakter besitzt. Eine Regierung, die aus der Revolution gegen den Obrigkeitsstaat hervorgegangen ist, kann ihre Zuständigkeitsgrenzen nicht auf dem Begriff des Volksstaates ableiten, das heißt eines Staates, der aus der Gesamtheit der Volksgenossen besteht. Dieser Begriff würde durch jede geographische Einschränkung genau so vernichtet wie durch einen klassenmäßigen Vorbehalt. Die Rücksicht auf die Entente, von denen in der oben wiedergegebenen Notiz die Rede ist, können sich in der gegenwärtigen Lage Deutschlands auf alles mögliche erstrecken, nur nicht auf die Begriffsbildung, die die Frage beantworten soll: Wer ist Deutschland? Die Alternative, die hier aufgestellt wird, kann nur lauten: Soll Deutschland sich selbst bestimmen und als fertige Individualität mit den Gegnern verhandeln, oder soll es auf Grund eines Friedensbittens erst von den Gegnern geschaffen werden?

Recht ist zu bemerken, daß die besonders betonte Abneigung Frankreichs gegen eine Konsolidierung des deutschen Volkes niemand zu schrecken braucht. Dieser Widerstand mag von einer französischen Regierung geleistet werden. Das französische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit kann und wird ihn unmöglich auf die Dauer unterstützen, wenn es weiß, daß der künftige deutsche Volksstaat sein bester Verbündeter in allen Fragen nationaler Selbstbehauptung zu werden verspricht. Der Gedanke dieser Völkerverbrüderung ist weiten Kreisen in Frankreich schon heute nicht fremd; und er wird auch dort siegen, wenn das deutsche Volk durch die richtige Paarung von nationalem Selbstbewußtsein und nachbarlicher Verträglichkeit das Seine dazu tut.

Der württembergische Kultusminister Heilmann sagt in einem Erlaß: „Ich beabsichtige, während der Dauer des Provinzialkongresses keine Neuerungen auf dem Gebiete des Schulwesens und der Kirche in ihrem Verhältnis zum Staat einzuführen.“

„Joseph Meinh.“ Aus Budapest wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Erzherzog Joseph von Habsburg hat um Abänderung seines Namens in „Joseph Meinh.“ nachgesucht. Meinh. ist der Name einer Bestattung des früheren Erzherzogs.

Der Mörder.

Von
Kellie Braun.

Noch am Morgen ahnte er nichts. —
Als er vom Schlaf erwacht war,
schwerem Schlaf der Bauern,
der Männer mit schweißigen Händen und von Schwere glänzendem
dem, glattgeschichteten Haar,
woran dachte er?
An sein Heimatdorf in der unendlichen rauschenden Ebene der
Weisfelder,
durch die breit die Heide strömte, grünlich, spiegelnd weitgewölbt
den Himmel, graues Gewölk und die einsamen Bäume der Heide,
voll mit den bitteren Dämpfen der Niederung und der trüben Gewässer,
die am Grund des fetten Ackerbodens verdickten?
an Weiler Serbiens, durch die sie gezogen waren, lautlos, in
freundlichen Nächten, die knatterten von Maschinengewehren und
erschollen von den kurzen Rufes der Kommandos,
während unablässig der Regen prasselte und klatschte, prasselte
und klatschte?
an die Gesichter seiner beiden Anaben, die jetzt barfuß durch den
Eau liefen zu den Ställen, darin das Vieh schon scharrte, seine
Neben braunen Kühe und die eine mit dem weißen Fleck unterem
Wehren —
(wieviel Mühe sie wohl jetzt gab,
feucht und hart stülte das Exter sich an beim Wellen — gern
hat er das in der grauen Frühe in der tiefen Stille, wenn alles
noch schlief im Hause und selbst im Geflügelhofe) —?
All dies sah er
und den breiten Rücken seines Weibes und das Gesicht seiner
Mutter mit unzähligen Runzeln und entzündeten Adern, weiß-
geschwärtelt,
und viele Gesichter tauchten auf und versanken.
Der Tag war lang.
Er trank, und er aß, er redete mit dem und jenem auf der
Straße, in der Kaserne, im Mannschafszimmer war alles wie
sonst, der böse Offizier sah ihn nicht an, aber viele fluchten und
schlachten Beschäftigten von Weibern.

Er wachte auch manches, er erzählte es, er prophete, und doch
lächelte er und war gut.
Auch bekreuzigte er sich vor einem Leichenzug, und er mußte
denken, daß er einst gerade so im Sarg liegen würde.
An Engel glaubte er nicht. Ihm vor der Himmel leer. Nicht
gewahrte er irgend Göttliches. Aber Jesus hatte die Welt erlöst,
und er wußte, daß er miterlöst war, wenn er nur beichtete. Und
Gott hatte einen langen grauen Bart wie der Großvater, der
fern im Gebirg gewohnt hatte; — aber da war er noch klein.
Am Nachmittag schlief er.
In dem kleinen Volkscasé trank er einen Schwarzen, der nach
Eigeln roch, und las ein Zeitungsblatt, das voller gelber Flecken
und feucht war.
Darin stand viel vom Volke und daß es an der Zeit sei und daß
Freiheit sein müsse und Friede werde.
Ihm schien das nur recht.
Als dann in der Dämmerung die Gassen ertönten vom Schreien,
die Scharen schwarz strömten, die Rufe gelitten, die Schritte trapp-
ten und stampften,
war er mit,
schrie er mit,
schrie er lauter als alle.
Welche Hand hob ihn da,
Daß er die beiden anderen fand, die mit ihm gehen mußten
vor jenes Haus?
Auch sie hatten nichts gehört am Morgen.
Sie waren wie er arm, gering, dunkel, wenig Aug, und sie
hatten auch Kinder.
Keiner von ihnen war grausam — sie hätten kein Netz des Kle-
getüet.
Aber als vor der Türe der Mann erschien, dessen Namen sie
hätten, weil sie stets nur mit ihm nennen geöhrt,
Der Feind des Volkes, der große Gewaltige,
und er war nur ein Mensch, nicht hochgewachsen, schmal, aber
in seinen Augen, durch die schwarze Brille, glomm die Flamme des
Kampfes —
wer waren sie jetzt, als sie die schrecklichen Gewehre hoben,
als sie auf den anlegten, den sie nicht kannten, und der wie sie
von Fleisch und Blut war?
wo starrten ihre Seelen, als der Schuß aufblitzte und krachte,
als das Blut austrat und der Tod sich herabschürzte auf den
menschlichen Leib?

Wohin flohen sie? In welche Vergessenheit, welche letzte Tiefe
der Erde?
(Wenn nichts verbirgt den, der getan hat, auf ihn zeigen mit
Lichtern auch die nächstlichen Stunden.)
Und mit welchem Schatten beugt sich nun der Schlaf über ihre
Häupter?
Hebbels „Demetrius“ wurde, wie unser Berichterstatter
brachte, im Theater Darmstadt's, das immer noch Hoftheater
heißt, zur Uebersetzung gebracht; die Aufnahme war sehr auf-
merksvoll.
Aus den Theatern. Generalintendant Püttli war von der Fest-
tung des Württembergischen Landestheaters in Stuttgart zurück-
getreten. An seine Stelle wurde vom Kultusministerium vordem
Geheimer Anleitsrat Stephan berufen.
Die künstlerische Leitung des bisherigen königlichen Schauspiel-
hauses in Dresden wurde, wie man uns drachtet, in einer Voll-
versammlung in Uebereinstimmung mit dem bühnenrechtlichen Personal
in die Hände eines Regiekollegiums gelegt, dem Hans
Fischer als Direktor und Paul Welle als stellvertretender Direk-
tor vorsteht. Dem Regiekollegium tritt Dr. Karl Wolff als erster Dramen-
matur und juristischer Beirat bei. Dr. Erler ist zum zweiten Dramen-
matur gewählt. Ferner gehören dem Kollegium an Gotthard Weizner,
Berthold Viertel, Adolf Lindebach als technischer Regisseur und
Bernhard Fanto als Vorstand des Kostümwesens. Auch in der bisherigen
Besetzung wurde die Leitung eines Kollegiums übertragen.
Georg Kaisers Drama „Ca.“ kommt am 28. November im
Schauspielhaus Düsseldorf zur Uebersetzung. Dasselbe Bühne hat
Fritz u. Arzhs Tragödie „Ein Ochs“ angenommen.
Kammerkammer Vender muß wegen der Heilsschwierigkeiten des
Bühnenstellers im Boethoven-Saal abgeben.
Caesar non supra grammaticos. Man schreibt
uns: Kaiser Sigismund sagte auf dem Konstanzer Konzil in seinem
Latein „der“ Schisma, während es doch richtig „das“ Schisma heißt.
Der Erzbischof Placentinus wies ihn zurecht, worauf der Kaiser
gekränkt antwortete: „Placentine, Placentine, wenn Du auch allen
gefallen solltest, gefällt Du uns keineswegs, da Du meinst, daß
wir weniger Autorität besitzen als der Grammatiker Priscianus,
den, wie Du behauptest, ich verletzt habe.“ Die Lateiner, die Ge-
lehrten gestanden dem Kaiser aber diese Autorität nicht zu und
meinten stillschweigend: „Caesar non supra grammaticos.“ — Wie
weit wird Adolf Hoffmann, dessen volkstümliche Sprache sich
im Eifer den Trüsel um die Regeln der Schulgrammatik schert und
sicher ihren eigenen Weg geht, und der nun als Kultusminister in
der Volkregierung über die Grammatiker gekommen ist, wie weit
wird er sie — wie ehemals ein Kaiser — in die Enge treiben,
oder — wie möchten es bestimmt erhoffen — in welcher vollstän-
digen geraden Richtung wird er sie aus der Enge herausbringen?

Arbeiterrat und Nationalversammlung.

Die Tagung der Arbeiterräte im Zirkus Busch.

Die heutige Versammlung des Arbeiterrates im Zirkus Busch, deren Vorsitz Brutus Nollenbuhner führte, wurde mit einem Referat des Vorsitzenden des Vollzugsausschusses, Richard Müller, über die gegenwärtige Lage eingeleitet. Der Referent berichtete über die bisherige Tätigkeit des Vollzugsausschusses, die Einrichtung des Sicherheitsdienstes, die Sicherstellung der Volksernährung und die Verhütung von Putsch. Eine unmittelbare Gefahr von Seite der Gegenrevolution scheint im Augenblick nicht mehr zu bestehen, daher hat der Vollzugsrat vorläufig von der Aufstellung einer Roten Garde abgesehen aber eine andere Gefahr droht uns: überall bilden sich Ausschüsse und Kommissionen, die alle möglichen Verordnungen in die Welt setzen, darum haben wir bekannt gemacht, daß nur der Vollzugsausschuß des Arbeiterrates die maßgebende Körperschaft ist.

Es hat sich auch hier eine wesentliche Besserung gezeigt. Über neue Schwierigkeiten treten an uns heran; die geordnete Durchführung der Truppen, des Sanitätswesens und die Kontrolle über die Behörden und Kriegsgesellschaften. Wir haben dazu noch nicht die Kräfte gefunden, die wir brauchen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, was in den Kriegsgesellschaften geschieht. Wir versuchen Kontrollen dorthin zu schicken, ebenso in die Kommunalverbände. In den Kommunalverbänden sind leider Mißgriffe vorgekommen.

Bestenfalls in einer Groß-Berliner Gemeinde der Gemeinderat von Soldaten eingesperrt und während dieser Zeit eine Durchsuchung der Schließfächer vorgenommen. Das darf nicht wieder vorkommen. Die Volksgewalt in Arbeitsfragen wurde den freien Gewerkschaften übertragen. Wir, der Vollzugsausschuß des Arbeiterrates, sind nicht in der Lage, uns in alle einzelnen Fragen einzumischen. Wir brauchen Organe, die eine reale Unterlage haben. Es wurde aus der Mitte des Arbeiterrates vielfach Protest gegen diese Übertragung an die Gewerkschaften erhoben. An Ihnen, Genossen, ist es jetzt, die Führer der Gewerkschaften vorwärts zu treiben. Und wenn die Führer den von Euch vorgeschriebenen Weg nicht gehen wollen, dann sagt sie davon. Die Angestelltenverbände verlangen jetzt von uns Verlässlichkeit (Zwischenworte: Ungeheuer!). Diese Verbände, die jetzt an der Macht beteiligt werden sollen, müssen wir fragen, wo wart Ihr denn vor und während der Revolution? Habt Ihr der Reaktion die Stirne geboten? Dort waren nur wir Arbeiter. Erst wenn wir gesehen haben, daß Ihr die Errungenschaften der Revolution verteidigt, werden wir Euch einen Teil an der Macht geben.

Es stellen sich jetzt alle möglichen Räte ein, Räte der geistigen Arbeiter usw. Wir fragen uns ja darüber, daß auch diese „Proletariat im Stehtragen“ erwachen. Mögen sie Räte bilden, so viel sie wollen. Aber ehe sie in unseren Rat aufgenommen werden, müssen wir wissen, was sie sind und was sie wollen, denn wir haben ein Recht, mißtrauisch zu sein. Wir wollen alle Schichten der werktätigen Bevölkerung, Kopf- und Handarbeiter, miteinbringen. Aber niemand kann verlangen, daß wir die erkämpfte Freiheit der Gegenrevolution preisgeben. Es bilden sich ja Räte der Hausbesitzer, und nächstens wird der Rat der Millionäre bei uns antreten. Daraus erklärt sich auch der Schrei nach der Konstituante in allen bürgerlichen Kreisen. Sie wollen auf diesem Wege die Gewalt aus den Händen der Proletariat in ihre zurückbringen. Wir aber wollen keine demokratische Republik, sondern eine proletarische. Die Konstituante ist ein Problem der Zukunft, das jetzt im Namen eines großen Teiles meiner Genossen vom Vollzugsausschuß. Wir werden die Gewalt nicht aus der Hand geben. Würden wir die Konstituante jetzt einberufen, so wäre das für uns Arbeiterräte ein Todesurteil. Ich habe mein Leben für die Revolution aufs Spiel gesetzt, aber der Weg zur Konstituante geht nur über meine Leiche! Der Redner verliest hierauf eine Resolution, die gleich dem übrigen, bei der heutigen Tagung eingebrachten Änderungen einer Kommission zur weiteren Behandlung übergeben wird.

Zum Schluß spricht der Referent noch über die Kompetenzenfreistigkeiten zwischen der neuen Gewalt des Vollzugsausschusses und der neuen Reichsregierung. In Tagen der Revolution kann es kein bürokratisches Verfahren geben. Die Kompetenzen sind ja anfangs etwas durcheinander geraten, aber die Streitigkeiten sind jetzt zum größten Teil beigelegt. Der Vollzugsrat hat das Recht, die Regierung zu ernennen. Er hat die Exekutive der Regierung übertragen. Wenn nun diese Regierung nicht in seinem Sinne arbeitet, so hat er das Recht, die Regierung davonzugeben. Wir haben erkannt, daß gewisse Teile des Bürgertums versuchen, wenn auch nicht Gegenrevolution zu machen, so doch die soziale Republik zu diskreditieren. Agrarische Kreise haben besonders in Ostpreußen fieberhafte Bestrebungen. Wenn derartige Bestrebungen sich weiterhin zeigen, dann werden diese Herrschaften allerdings die Diktatur des Proletariats haben. Wollen sie mit uns arbeiten, so sind sie willkommen, machen sie uns aber das Leben schwer, dann werden wir rücksichtslos alle Mittel anwenden.

Der nächste Redner macht auf die Zustände in Polen aufmerksam. Wir können über Nacht die wichtigste Korn- und Rohstoffkammer Deutschlands verlieren. In den östlichsten Grenzgebieten sind Zustände, die es den Landwirten unmöglich machen, das Getreide abzuliefern. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Breslau hat an uns den dringenden Hilferuf um Arbeitskräfte gerichtet. — Colin Ross sprach über die Gefahr der Gegenrevolution. — Geh. Justizrat Fuchs spricht im Namen der Berliner Anwaltschaft und weist den Vorwurf zurück, daß die Rechtsanwälte der alten Regierung Schengendienste geleistet hätten. Das Verhalten der Anwaltschaft im Fall Liebknecht sei der beste Gegenbeweis. Auch Rechtsanwalt Thiele erklärt, daß 2000 Berliner Anwälte auf dem Boden der neuen Reichsregierung stünden, und daß 18 000 Kollegen im Reich wahrscheinlich sich ihnen anschließen werden. Der Redner bittet die Tagung des Arbeiterrates, auch an die Deutschen in Oesterreich zu denken, die in die Nationalversammlung einzutreten wollen.

Hierauf kommt der Vorsitzende der Reichsregierung Hugo Haase zum Wort. Die neue Regierung jagt ihre Kräfte aus dem Volke. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist die wahre Vertretung der revolutionären Gedanken. Er ist berechtigt, die Regierung zu kontrollieren. Das Proletariat hat die Aufgabe, jede Regierung, auch unsere sozialistische, vorwärts und immer vorwärts zu treiben. Die Revolution lebt, wenn die Regierung stützt ist, sie ist tot, wenn die Regierung die Hände in den Schoß legt. Auch wenn die Konstituante zustandekommt, so kann sie nicht heute oder morgen zustandekommen, denn es sind zahlreiche technische Vorarbeiten zu bewältigen. Die Revolution würde verkümmern, wenn eine Winderheit eine Mehrheit unterhalten würde. Es ist aber nicht zu befürchten, denn in der

Konstituante wird eine sozialistische Mehrheit sein. Aber vorher muß noch viel gearbeitet werden. Die „vaterländische Aufklärung“ hat die Hirne umnebelt, das Volk muß erst wissen, was in Deutschland vorgegangen ist, dann erst soll es bei der Wahl seine Stimme abgeben. Die Sozialisierung großer und wichtiger Betriebe ist in Deutschland nicht nur möglich, sondern notwendig. Wenn das die Regierung mit ihrer ganzen Kraft tut, dann werden wir etwas leisten, was sich sehen lassen kann, vor der Bourgeoisie, vor der Internationale und vor der ganzen Welt. (Starker Beifall.)

Nach weiterer Diskussion kam auch Fritz Ebert zu Wort.

Die Entente gegen den Bolschewismus.

Drahtmeldungen der „Bolschischen Zeitung“.

* Haag, 19. November.

Aus Spaa wird berichtet: Die zur Durchführung des Waffenstillstandsvertrages hier versammelte Kommission Deutschlands und der Entente hält täglich Beratungen ab. Am Vormittag finden Plenarsitzungen statt, nachmittags versammeln sich die vier Unterkommissionen, die die Fragen des Transportes der Gefangenen und des Kriegsmaterials besprechen. Die Nachricht, daß die Franzosen zu Witterungen des Waffenstillstandsvertrages geneigt seien, entspringt leider lediglich der Einbildungskraft. Im Gegenteil werden gerade die Franzosen täglich schwieger. Die Gegner sind vollkommen im unklaren über die Verhältnisse in Deutschland, und aus diesem Grunde erklären Franzosen und Engländer übereinstimmend, daß eine Regierung, die nicht die Ordnung aufrecht erhält, für sie nicht friedensfähig sei. Sie wollen keine Lebensmittel geben, wenn der Bolschewismus um sich greift. Sie betonen immer wieder, sie werden an ihrer Seite und in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft keinen Herd der Verfehlung dulden. Sie sind bereit, Deutschland über seine Ernährungsschwierigkeiten hinwegzusehen, aber nur unter der Bedingung, daß dort Ruhe und Ordnung herrscht.

* Zürich, 19. Oktober.

Eine offizielle Mitteilung des englischen Auswärtigen Amtes besagt, daß die Berichte über antisemitische Pogrome in Warschau gespritzt werden. Falls sie den Tatsachen entsprechen, könnte die englische Regierung wie auch die der Vereinigten Staaten und der anderen Mächten gegenüber derartigen Vorfällen nicht gleichgültig bleiben.

Die höchste Marinegewalt.

Bildung eines Hauptausschusses.

Wilhelmshaven, 19. November.

In einer gemeinsamen Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte der Marine ist heute folgender Beschluß gefaßt worden: Von dem obersten Soldatenrat der Marine der Offizier- und Nordsektion und auf der Niederelbe wird der Hauptausschuß der Marine gebildet, der zu militärischen Anordnungen für die Gesamtheit der Marine berechtigt ist und seinen Sitz in Wilhelmshaven hat. Er besteht aus zwei Vertretern des obersten Soldatenrates der Offizier-, zwei Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordsektion und einem Vertreter des obersten Marinerrates der Niederelbe. In den Bezirken der genannten Räte sind 4 Abordnungen zu bilden, und zwar von 24 Vertretern der Nordsektion, 20 Vertretern der Offizier- und 5 Vertretern der Niederelbe. In ihnen treten 4 Vertreter von Berlin. — Die Wahlen dieser Abordnungen erfolgen auf demokratischer Grundlage. Die Abordnung tritt in Berlin zusammen, kontrolliert das Reichsmarinemat und den Admiralstab und wählt dort aus ihrer Mitte 5 Kameraden als den Zentralrat der Marine. Diese fünf müssen geschulte Sozialisten aus der Zeit vor dem Kriege sein. Alle Anordnungen des Reichsmarinemats und Admiralstabes sind außer vom Unterstaatssekretär von einem Mitgliede des Reichszentralrates zu unterzeichnen. Alle Anordnungen bilden den Ober-Ausschuß, der täglich die festgesetzten allgemeinen Anordnungen dem Zentralrat vorlegt und der sie an die obersten Soldaten- und Marinematte weitergibt.

Italienischer Rückzug vor den Südlawen.

Meldung des Wiener Korresp.-Büros.

Salzach, 19. November.

Der Kommandant des seit einigen Tagen in Salzburg stationierten italienischen Regiments ließ den Ortsvorsteher von Salzburg ein Schreiben zugehen, in dem er mitteilt, daß die ihm unterstellten Truppen auf höheren Befehl im Laufe des morgigen Tages Salzburg verlassen und sich auf die in den Waffenstillstandsbedingungen festgesetzten Demarkationslinien zurückziehen werden. Der hiesige Kommandant seines Kommandos werde die Einquartierungsgebühren bezahlen und etwaige Requisitionen vergüten.

Die Berliner Theater müssen laut Verfügung des Volkstheaterpräsidenten morgen geschlossen bleiben; die Bestimmungen von 1918 bleiben für den Ruhetag sowohl wie den Sonntag in Kraft. Alle für morgen erfolgten Ankündigungen von Theateraufführungen sind somit hinfällig.

Die deutschen Truppen im Kaukasus. Von dem Oberkommandierenden der deutschen Streitkräfte im Kaukasus ist, nachdem die Postverbindung unterbrochen ist, telegraphisch die Mitteilung eingetroffen, daß im Kaukasus alles ruhig ist und daß unsere Truppen sich wohl befinden.

Die Wüderung der Waffenstillstandsbedingungen. Der von uns auszusagende wiedergegebene Aufsatz von Dr. Maximilian Pfeiffer über die Wüderung der Waffenstillstandsbedingungen war in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht worden.

Nach der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird sich die Zahl der Wahlberechtigten für die Nationalversammlung auf 40 Millionen belaufen.

Republikoldaten.

Im Zeichen der bunten Kolarden.

Bedingungslos Verehrern des nunmehr eingetragenen Kommissars mag die Haut schauern, wenn sie jetzt sehen, wie sich die glühende Pracht der Elfen und Schneeflocken, der Tressen und Kolarden, die schon unter den Zwangsbedingungen des Krieges ergeblich gelitten hat, nun verwunden ist. Wer aber den kühnen Schmutz, das Schimmernde der Wehr von jeder für entbehrlich gehalten hat, betrachtet mit Gelassenheit das Bild des Republikoldaten, das jetzt Berlins Straßen allenthalben belebt, ja, ihm das Gepräge dieser Tage aufdrückt. Man fragt nur, ob der Soldat auch ohne den Witz und Drill der vergangenen Zeit, der sich oft unter überflüssigen Feldwebelsbefehlen ins Kleinliche und unbedeutend willig Kommissar verkrümelte, die Pflicht erfüllt, die er übernommen hat. Der Einbruch, den man in dieser Hinsicht von der Menge der Posten und Wadmannschaften in Groß-Berlin gewinnt, ist durchaus befriedigend.

Freilich, der Soldat ist zur Zeit nicht mehr Mittel, er ist Teil der staatlichen Gewalt und dieser bedeutsame Wechsel ist auch äußerlich nicht zu verkennen. Am 9. November, dem Tage des Ausbruchs der Revolution, gab ein Soldat der Umwälzung, die einer der fliegenden Redner auf dem Potsdamer Platz durch einen Anproch in seinem Verhältnis zum Volkstum herbeigeführt hatte, durch die erfreuliche Feststellung Ausdruck: „Ja, Kamerad, was meinst Du, jetzt könnt' wir aber in der Friedrichstraße rauchen“, und der Kamerad erwiderte: „Ja, oh.“

Sie sind höflich und ruhig, die Leute, die mit umgehangenem Gewehr die neue Republik vor lästlichen Anschlägen vorwärts und links in noch halb stauenden Geschliffen über Nacht geborenen Verantwortung sichern. Die Zigarette oben Pfeife, die den meisten von ihnen im Mundwinkel hängt, trägt zweifellos erheblich zu ihrer gemessenen Ruhe bei. Der wütende Kampf gegen die früheren Wahrgenossen des Kommissars ist verstoben und man kann jetzt rückschauend sagen: Es ist erfreulich, daß Berlin statt des Sturms auf die Westseite im wesentlichen nur einen Sturm auf Kolarden, Abspelstücke und Koppeln erlebt hat. Heute, da auch unter den Soldaten der Gedanke der neuen Staatsform von der Oberfläche in die Tiefe zu bringen beginnt, sieht man bereits nicht selten Soldaten und Offiziere, besonders aus anderen Gegenden des Reiches ruhig mit unveränderter Uniform in den Straßen und niemand denkt, Gottlob, daran, sie zu lynchen.

Immerhin: die Wahrheit unserer Republikoldaten freut sich noch an der kräftigen Wirkung der roten Farbe. Rote Kolarden, die aussehen wie Brieferschüsse, pieren die Mäße, die ausgedehnt meist mit einem breiten roten Band umnäht ist. Besonders Eitel sind noch ein rotes Bändchen im Knopfloch oder eine rote Bärme hinzu. Im Übrigen sind wir uns ja, leider, vorläufig weder über die dauernde staatliche Form des deutschen Volkes, noch, was leichter zu ertragen ist, über die Reichsfarben einig. Infolgedessen gehen die Republikoldaten mit einem bunten Gemisch von rotrot, schwarz-rot-goldenen und schwarz-weiß-rotten Kolarden umher, und viele, die auf alle Fälle vorbereitet sein wollen, tragen mehrere dieser Schattierungen nebeneinander. Daß aber zerrissene oder zerschmittene Abspelstücke nicht eben schön aussehen, hat die Mehrheit der Soldaten der neuen deutschen Republik selbst erkannt. Denn so ungehörig der Berliner auch Weltgeschichte machen mag, eine verächtliche Liebe zur Selbstzucht und Ordnung wird er nicht los, und es ist doch kennzeichnend für die feilische Art des Volkes hier zu Lande, daß an einem der ersten aufgeregten Tage der Revolution ein eben erst zum Vertreter der revolutionären Gewalt umgeworfener Wachtposten am Reichstage einen Trupp wild in die Air drängender Blöckchen, die zu irgendeinem Behufe sich dort melden sollten, folgendermaßen ansprach: „Wenn Ihr Bäckchen vier Jahre bei den Preußen gemessen wäret, wie unferne, dann wäret Ihr auch mehr Bezahlung und Disziplin in den Knöpfen haben und Euch hier nicht wie die tolln Hämmerl benommen!“

K. R. K.

Anmeldung von Bürgerquartieren. Der Aufsatz des Magistrats Berlin zur Verfertigung von Unterständen für unsere heimkehrenden Krieger hat lebhaften Widerhall gefunden. Es ist aber dringender nötig, daß die Anmeldungen sofort eingeleitet werden, damit der Magistrat alsbald ein vollständiges Bild der kommt, über wieviel Unterkünfte er bereits jetzt verfügen kann. Der Magistrat legt, wie wir hören, besonderen Wert auf freiwillige Angebote, da er von der Weigerung zur Zwangsuntervermietung einen möglichst gelinden Gebrauch machen möchte.

Der Bund der Berliner Grundbesitzer-Verein hat seine 17 000 Mitglieder umfassende Organisation dem Magistrat und den anderen für die Wohnungsbeschaffung im Besonderen Behörden zur Verfügung und Beteiligung der Quartiere für die nach Berlin heimkehrenden und hier durchzustehenden Krieger zur Verfügung gestellt. Gleichgültig hat er seine Mitglieder dringender aufgefordert, auch in den Häusern, wo kurzzeitige Unterkünfte nicht freibleiben, freiwillig Soldaten in die eigene Wohnung aufzunehmen, und sich in diesem Sinne auch mit den Mietern in Verbindung zu setzen.

Fahrgeldverhöhung beim Oberpostamt. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktion-Gesellschaft schreibt uns: Die Behörden haben gestattet, daß, solange die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Omnibusbetriebe fortbestehen, die Fahrgeldsätze die Hälfte auf 12½ und für die ganze Strecke auf 20 Pf. erhöht werden. Diese Erhöhung tritt am 1. Dezember 1918 in Kraft.

Kriegerfrauen — Geduld! Der Soldatenrat sämtlicher Groß-Berliner Eisenbahnformationen richtet an die Frauen, Mütter und Bräute der Kameraden in Feld- und Heimatarmee einen Aufruf, in dem es heißt: „Aus dem Felde fluten jetzt die Eisenbahnwagen mit Ausstellungen jurist. Für die Ernährung von Heimat und Front ist es dringender geboten, daß diese Wagen entladen und frei werden zur Lebensmittelförderung. Darum harret noch ein wenig und quält Eure Angehörigen nicht zu sehr, reißt sie nicht fort aus den Betten, denen sie jetzt noch angehören und in denen noch eine kurze Zeit zu bleiben, das Gebot der Stunde erfordert!“

Ein Pfarrerrat in Groß-Berlin. Die evangelischen Pfarren Groß-Berlins haben gestern einen Pfarrerrat gebildet und folgende Erklärung beschlossen, in der es u. a. heißt: „Die Kirche ist unabhängig von den äußeren Formen des Staatswesens. Wir erklären daher auch der neuen Regierung unser Verehrung, nach wie vor bei allen sozialen und humanitären Aufgaben der Kirche mitzuwirken. Für den Fall der Trennung von Staat und Kirche sprechen wir die Erwartung aus, daß ihre Durchführung nicht überflüssig geschieht, sondern unter Beobachtung einer hinreichenden Übergangszeit und in einer Form, die es der Kirche ermöglicht, auch fernere ihren bleibenden Aufgaben an unserem Volke gerecht zu werden.“

Bund deutscher Referendare. Ein Bund deutscher Referendare, Ortsgruppe Berlin, wurde gestern von einer in der Kommergerie-Besprechung zusammengetretenen Versammlung begründet. Das Programm der neuen Schöpfung umfaßt folgende Hauptpunkte: 1. Reform im Ausbildungswesen und Prüfungsweisen. Die Ausbildungszeit wird auf drei Jahre beschränkt das Abkürzungen soll für Referendare in Form einer Nachprüfung stattfinden. 2. fordert man ein auskömmliches Gehalt

Wie Steuerungsanlage, namentlich für Verbetretung & Abschaffung der Entlassung ohne ordentliches Disziplinarverfahren. Offenlegung der Personalisten und Abschaffung des Verbots einer doppelbeschäftigung. 4. Sozialpolitische Aufgaben, namentlich Errichtung eines Arbeitsvermittlungsamtes für den Übergang in andere Berufe und Umweltsortierungen.

Besserinnen aus den Etappen. Besserinnen, die aus der Etappe nach Berlin zurückgekehrt sind oder sich auf der Durchreise in Berlin befinden, werden darauf hingewiesen, sich umgehend auf der Kriegsamtsstelle in den Marken zu melden. Sprechstunden täglich, auch Sonntags, von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Gehaltszahlung und Erhaltungsgeld werden geregelt, Fahrschein ausgestellt. Auskunft: Kriegsamtsstelle in den Marken, Grauensierstra. 24.

Eine Orzanten-Verammlung in der Berliner Universität. Gestern waren die Professoren und Dozenten der Berliner Universität in der alten Aula versammelt, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Der Rektor Prof. Seeberg schlug eine Entschließung vor, die als gemeinsame Erklärung der Hochschule und der Akademien ausprechen sollte, daß man sich auf den Boden des Neuen stellen wolle, die die Notwendigkeit der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung betont und die Entsendung von Vertretern der Geistesarbeiter in den Arbeiter- und Soldatenrat verlangt — eine Forderung, die dann fallen gelassen wurde. Annahme fand eine von Prof. Troelsch vorgeschlagene Entschließung mit 175 gegen 135 Stimmen. Die Entschließung wurde einer Kommission übergeben, der u. a. Troelsch, Minde und auf allgemeinen Wunsch der Versammlung Sarna auch außer dem Rektor angehören. Troelsch fand allgemeinen Beifall, als er vorschlug, die Universität solle nicht erst eine Fühlungnahme mit den anderen Körperschaften abwarten, und es ausspreche: „Nichts ist verloren, wenn der Geist uns bleibt.“ In der Diskussion sprach sich Prof. Wallat für eine Heranziehung der Universität für die Aufgaben der Übergangswirtschaft aus und erklärte, wir wären nie bestieg worden, wenn man die Wissenschaft in richtiger Weise herangezogen hätte. Verlesen wurde ein Brief des einflussreichen Universitätsrektorats Dr. Leo Arons, der vor der marxistischen Aufklärung als Ersatz für den ja nun sehr bedrohten Religionsunterricht der Schule warnt und den Unterricht vom Geist Kants und Fichtes durchtränkt sehen möchte. Endlich sprach Prof. Sachau den Wunsch aus, man möchte für alle Pläne auch die Universität Wien mit einbeziehen.

Aus der Akademie der Wissenschaften. In der Gesamtsitzung vom 31. Oktober las Prof. Dr. Rubens über die Energiequellen der Erde. Die auf der Erde vorhandenen Energievorräte und Energiequellen mechanischer, thermischer und chemischer Art wurden zusammengefaßt und auf ihre Erzielbarkeit und technische Verwendbarkeit geprüft. Besonders eingehend wurde die der Erde durch die Sonnenstrahlung zugeführte Energie untersucht und der Einfluß neu berechnet, welchen die Kohlen- säure und der Wasserdampf der Atmosphäre durch die Strahlungsabsorption auf die mittlere Temperatur der Erdoberfläche ausüben. — Prof. Rino Meyer legte eine Abhandlung „Rotdich-Strichs“ vor.

Im Flugzeug zum Nordpol. Der Polarforscher Kapitän Bartlett, der jetzt Offizier in der amerikanischen Flotte ist, plant, wie „Politik“ aus New York meldet, einen Flug von Etah in Grönland zum Nordpol. Der Flug soll im Juli 1919 erfolgen und Bartlett hofft, vom Pol nach Kap Adelung zu gelangen.

Schulnachrichten. Der Privatdozent der Zoologie an der Universität Tübingen Dr. Richard Vogel wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Dr. phil. Friedrich Heiler erhielt an der Universität München die von ihm vorgeschlagene Disziplin der „Buddhistischen Weltanschauung“.

Handelsteil.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Munch, Berlin.

Berliner Börse.

Allgemein sehr matt.

Die Nachricht von der Nichtbestätigung der Einberufung der Nationalversammlung veranlaßte an der heutigen Börse starke Verdrümmung und rief auf allen Marktgebieten großes Angebot hervor. Die Kursgestaltung war daher um so mehr als umfangreiche Blankoverkäufe vorgenommen wurden und die Banken kaum stützend eingriffen, allgemein flau.

Am Montanaktionmarkt waren Bismarckhütte, Bochumer und Phoenix am schärfsten rückgängig, die übrigen Werte durchschnittlich 5 bis 8 pCt. niedriger.

Von Rüstungspapieren erlitten Rhein, Metall und Daimler einen neuerlichen Kurssturz.

Am Schiffsahrtmarkt waren die Rückgänge im allgemeinen nicht so bedeutend, nur Hansa lagen sehr matt.

Unter den Elektropapieren erlitten A. E. G. und Bergmann 3 bis 5proz. Rückgänge.

Auch am Kalk- und Petroleummarkt waren starke Kursabschwächungen an der Tagesordnung, besonders matt lagen Deutsche Kalk.

Von sonstigen Papieren sind Orientbahnen und Schantung verhältnismäßig gut behauptet und Henry als fest, Türkische Tabak als flau zu bezeichnen. Auch Kanada-Aktien waren nach der gestrigen Kurssteigerung heute prozentweise niedriger.

Der Kassa-Industriemarkt zeigte ein durchaus mattes Gepräge. Es war weniger Angebot von Belang als der Mangel jeglicher Kaufneigung, wodurch die Kurse in scharf rückläufiger Richtung gebracht wurden. In zahlreichen Fällen erfolgte Streichung der Notierungen.

Am Rentenmarkt traten durch Festigkeit 3proz. Anleihen, sowie Schatzscheine hervor im Zusammenhang mit der im Finanzprogramm der Regierung ausgesprochenen erweiterten Möglichkeit dieser Werte zur Verwendung als Zahlungsmittel. Fest lagen auch Russen, dagegen österreichisch-ungarische Renten schwächer. Für Pfandbriefe war gute Stimmung.

Tagsgeld 4 1/2 pCt., Privatkont 4 1/2 pCt.

Die Devisenkurse waren heute unverändert.

Die heutige außerordentliche schlechte Verfassung der Börse ließ die Meinung laut werden, daß die Wiedereröffnung des Effektenverkehrs eine etwas vorläufige Maßnahme gewesen sei. Wie man sich dazu auch stellen mag, jedenfalls hat der heutige Tag, ebenso wie der letzte Sonnabend bewiesen, daß an eine Wiederaufnahme des Ultimoverkehrs in Aktien vor der Hand nicht gedacht werden kann. Andererseits tauchte an der Börse Meinung dafür auf, daß man den Ultimoverkehr in Rentenpapieren wieder einführen sollte, doch ist auch dies unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu befehlen. In diesem Zusammenhang sei besonders darauf hingewiesen, daß heute, im Gegensatz zu der flauen Gesamtstimmung, heimische Anleihen in auffallend fester Haltung verkehrten. Die Kursbesserungen gingen über 1 pCt. hinaus.

Abbau der Zwangswirtschaft in Futtermitteln. Der „Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands“ a. V. hat an das Kriegsernährungsamt eine Eingabe gerichtet, in der als Forderungen der Gegenwart bezeichnet werden: die Durchführung der überseeischen Einfuhr durch den Handel und

sehnlichst mögliche Wiederherstellung des freien Verkehrs mit inländischen und eingeführten Futtermitteln; außerdem soll die Willkür der Kommunalverbände in der Auswahl der Kommissionäre zu beschaffenden Firmen beseitigt werden. Der Verband weist darauf hin, daß die Verpflichtung, die aus dem Lande zurückkehrenden Angehörigen und Arbeiter wieder einzusetzen, nur dann ertragen werden kann, wenn die seit vier Jahren stillgelegten Betriebe wieder in die Lage versetzt werden, ihre Berufstätigkeit aufzunehmen.

Forderungen des Zwölfer-Ausschusses der Berliner Börse.

Der an der Berliner Börse jüngst gewählte Zwölfer-Ausschuß hat beschlossen, in der demnächst stattfindenden Sitzung mit der Kommission des Börsenvorstandes folgende Punkte zur Beratung zu stellen:

1. Abänderung der Börsen-Ordnung: a) Abänderung der Wahlordnung in dem Sinne einer Stärkeren und den einzelnen Berufsständen gerechter werdenden Vertretung der Fondsbörse, b) Ausschaltung der Handelskammer als Aufsichtsbehörde und des Wahlprivilegiens der Ältesten der Kaufmannschaft.
2. Bildung einer alle Gruppen umfassenden Kommission aus Mitgliedern des Börsenvorstandes zur sachverständigen Beratung der Regierung.
3. Wahl des Ehrengerichtes durch den Börsenvorstand.
4. Publikationsfreiheit für den Kurzettelt.
5. Abänderung der Börsengeschäftszeit.
6. Umänderung des jetzigen Wertpapierhandels: a) Einheitskurse, b) Termingeschäft.
7. Aufhebung des Kriegszuschlags auf den Umsatzstempel.
8. Aufhebung der im Kriege erlassenen Beschränkungen.
9. Ausschaltung des Instituts des Staatskommissars.
10. Unterstellung der Kursmakler unter den Börsenvorstand.

Generalversammlungen.

Vereinigter Berliner Kohlenhändler A.-G. in Berlin. In der ordentlichen G.-V. war von dem 8 Mill. M. betragenden Kapital, das sich im Besitz von Hugo Stammes G. m. b. H. und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. befindet, 2 519 000 M. vertreten. Die sofort zahlbare Dividende wurde auf 7 pCt. festgesetzt. Die Ausschüßten für das neue Jahr lassen sich, wie der Vorstand bemerkte, nicht günstig an, in erster Linie mit Rücksicht darauf, daß infolge der Demobilisierung eine längere Einstellung des Eisenbahnverkehrs zu erwarten ist.

„Archimedes“ A.-G. für Stahl- und Eisen-Industrie in Berlin und Breslau. Die ordentliche G.-V. in der 1 220 000 M. Aktien vertreten waren, genehmigte den Abschluß. Die auf 25 pCt. festgesetzte Dividende ist sofort zahlbar. Der Vorsitzende bemerkte hinsichtlich der Aussichten für das laufende Geschäftsjahr, daß sich unter den obwaltenden Verhältnissen eine Voraussage nicht abgeben lasse. Die Gesellschaft sei zurzeit reichlich mit Aufträgen versehen.

Dividenden und Ausbeuten.

Düsseldorfer Eisenhütten-Gesellschaft in Ratingen. Vorschlag: 20 pCt. (20, 8, 0, 5 pCt. in den vier Vorjahren).

Berliner Warenverkehr.

Im hiesigen Produktenverkehr wurden folgende Preise (nichtamtliche Angaben) bekannt: Klee- und Grausameren per 50 kg ab Station (Handelspreise Stufe II und III der Reichpreise): Serradelle 85—92 M., Rotklee, Weißklee, schwed. Klee und Wundklee 85—92 M., Gelbklee in Kappen 96—105 M., Gelbklee enthält 164—180 M., Inkarauklee 160—176 M., Raigras, Knaulgras, Wiesenschwingel 160—176 M., Schafschwingel 88—100 M., Timothy 140 bis 156 M.

Ausfuhrbewilligungen erlöst prompt
Fahrschein Nr. 2 361 Postamt 10
M 3 6 1
auf erh. Salon, Schlafzimm.,
Schlamm, verputzt, Haus-
meister, Schöneberg, Juns-
buder Str. 44.

Schreibmaschine
Neuer, neuestes Modell, sich.
Schiff, wenig gebraucht, Preis-
wert veräußert, Filiale,
Hofstr. 16, 2—5 U.

Wohnungs-Einrichtung
zu verkaufen.
Kaiserdamm 98, IV L.

Eleganter Abendmantel
weiß Angora, mit schw. edelstem
Samtbesatz, weiß. Eibäckergarn
zu verkaufen. Pfalzstr. 7781.

Edles Spitzenkleid
(Brüsseler), hochlegant, ver-
käuflich. Zufragen: Pfalz-
str. 7781.

Pianos,
Belegungsstücke, nur Fried-
ensware. H. Geleb, Alte
Friedrichstraße 78.

Zwergspinischer
Speisezinnmer
vornehme Ausführung, voll-
ständig neu, Umstände b. preisw.
veräußert. Beständig, nachmitt.
2—4. Schöneberg, Cherusker-
straße 8, III links.

Herren-Gehpelz,
fast neu, Nerzfutter, Otter-
tragen, seltene Figur, zu ver-
kaufen. Besichtigung 2—5.
Lewin, Jüterbocker Str. 8.

Antiquitäten-Sammlung
aus Privatbes. veräußert. B. W. 11 744
Mühlentempel, Berlin SW 68.

Große Haubennecke,
aus garantiert edelstem Men-
schenhaar, erstklassige Arbeit,
6 Stück 8.70 M., 10 Stück 13.75
M., 20 Stück 27 M. Ganz-
neue, Versandt Münsterstr. 4, 4.
Berlin SW 57, Potsdamer
Straße 74, Baden (Gehaus
Kassastr. 10).

Herren-Gehpelz
striktes Nerzfutter, mit Ia See-
ottertragen, auf prima schwarzem
Tuchstoff, preiswert zu
verkaufen. Besichtigung nach
Anmeldung. Prof. Wn. Weißheu-
fer, Parkstraße 107.

Herrn-Gehpelz,
sehr gut erhalten, sehr preis-
wert zu verkaufen. Off. unt.
E. 6494 Mühlentempel - Filiale
Faulenhiestrasse 1.

Kindermöbel,
Ballustrape usw. billig zu ver-
kaufen. 9—10.
Rindstr. 17, hochpart.
Belle-Alliance-Str. 17, hochpart.

Bedruckt-Flügel,
Blüthner-Flügel,
Pianino, Friedensw., preis. ver-
käuflich. Off. unt. H. 6728
Mühlentempel - Filiale
Faulenhiestrasse 1.

Bechsteinflügel,
Bemler-Flügel, Biele, Schwes-
ten. Gelegenheiten.
Abendroth,
Bilowstraße 44.

Piano
schwarz, fast neu, veräußert
b. Gobert, Karlsbörk, August-
Viktoria-Str. 18.

Zafel-Klavier
billig, Fahrtenstr. 1, Michael-
str. 13, 11.

Gravurstragen,
815 M., zu verkaufen.
Lothringers-Str. 22, II Etz.

Herren-Gehpelz,
Nerzfutter, Otterfütter, aus
Privatbes. zu verkaufen.
Off. unt. Pp. 11 741 un-
terhandlung, Köpenicker Str.

Todesfall
Schweres Speisezimmer,
Herrenzimmer, fast neu, sehr
preiswert. Feder, Pantow,
Kasselerstraße 10.

Speisezimmer,
Renaisance 17. Jahrhundert,
zu verkaufen.
Schildberger Str. 2, II. L.

Zu verkaufen
zirkel 1 m höher als Füllhorn
mit 8 in Höhe. Zu erfragen
Ausführliche, 84. L.

Richard Thürmann
Wein-Großhandlung
Fernruf 1063 STETTIN 5 Fernruf 1063
Empfehlenswerte Bezugsquelle für
preiswerte Konsumweine
Feine Hochgewächse
Verlangen Sie Preisliste.

Antiquitäten
Wohnungseinrichtungen
Beleuchtungen
Stoffe
Friedmann & Weber
Berlin W
Eudopener Straße 6

Stuhlflügel
zu verkaufen. Wilmersd., Branden-
burgerstraße 89, II L.

W 3 6 1
Schlafz., Betten, Bettstellen,
Schränke, Truhen, Toilet-
kommode, Nachttisch, Stühle,
Bettdecke, altes. Mahag., wie
neu 2800. Dazu voll. Eßz., Küche
(300). Jedes Zimmerst. 4. Fr. III.

Verkauf
Schaukelst. Off. Ad. 6008
Mühlentempel, Charlitz, Kaiserf. 13.

Slavier,
gr. u. n. Kleiderkasten, Bett-
hocharmatur, groß Tisch,
Nachttisch zu verkaufen. Preisst.
11—1, 3—6. Neffing, Charlitz,
Kumpffstr. 19, III.

100 Gläser, 1915 erer Sela,
edelst. Gewächse, Klüppel, zu
verkaufen. Probefläche geg. Vor-
eintrag. B. 50 M.
Baumgärtner, Horn 1. Westf.

Hohelien. Enten-Strick.
zu verkaufen. Mühlentempel 11,
I. Etage. Besichtigung zwischen
11 und 12 Uhr. Händler ver-
boten.

Herren-Gehpelz
mit eing. Ottertragen, schlanke
Fig., u. gold. Herrenuhr preis-
wert zu verkaufen.
Schillerstraße 24, I. t.

Silber-Samowar,
Silberfach., dito 12 Dessertbest.,
fein. Dessertbest., Glas-, Finger-
schal., u. voll. Stab. Portier,
Kaufmannstr. 99.

Alter Gebelteppich,
wirklich seltenes Stück, Größe
240x110, 4 echte Reilmotivs,
herausragend schöne Farben,
sowie einige echte Delgamöde
alter Meister zu verkaufen.
Händler verboten.

Körner,
Kaiserdamm 87, Bld. 4889.

Smyrnatteppich,
Prachtstück, verkauft
Wochen, Prinzenstraße 84.

Werte Herr-Nerz-Pelz
mit Ottertragen zu verkauf.
Küper, Dultplatzstraße 99.

Helleichenes
Herrenzimmer, verstell. Stammer,
Friedenau, Eponholstr. 50, pt.

Herrn-Gehpelz,
Globe m. Kugl., Sandstein,
Anbau u. Ausziehbild, für
nur 750.— umständehalb.
Gärtner, Simplicienstraße 42.

Gehpelz
neu, sehr elegant, innen Seal-
Bism., nur an privat für
1100.— Markt.
Kaiserallee 81a, Pension, hpt.

Steinway,
groß, Salonflügel, aus Privatbes.
zu verk. Off. unt. B. 5301
Mühlentempel, Potsdam, Brückstr. 23a

Friedenspiano,
schwarz, fast neu, zu verkaufen.
B. 11, Jahnstraße 33, pt.

Nerzmantel,
prima für Damen, verkauft,
vormittags 10—12.
Wayer, Prinzenstraße 60, I.

Weg-Umzugs z. Verkauf.
elektr. Kronen, Wandspiegel,
Schrankkoffer u. andere Gegen-
stände. Besichtigung bis 12 Uhr.
Königin-Augusta-Str. 84,
I Treppe links.

Gofa mit Umbau
u. 2 Sessel zu verkaufen. Be-
sichtigung 3—4. Barbarossa-
straße 25, part. links.

Fein. Herrenpelz
wen. getr. Futter Ia Nerz,
Krag, Ia Kamisch. Biber (See-
otter), sehr preisw. für 10 000
Mark verk., nicht an Handl.
Off. unt. E. 6497 Mühlent-
empel - Filiale Faulenhiestrasse 1.

Russ. Zobelcape
mit russ. Hermelin preiswert.
Eitel, Wallstr. 20.

Käfer-Sammlung
billig zu verkaufen. Abends
nach 7 Uhr. Sonntags bis
5 Uhr. Penz, Steglitz, Fichte-
straße 7, I Treppe.

Gmyrna - Salonteppich,
hellblauer Grund mit Rosen,
Größe 245x340 cm. Preis 1500.
Markt, verkauft Barisch, Schö-
neberg, Eisenacher Str. 42. Be-
sichtigung täglich 3—5 Uhr.

Dunkelbraun-Büffel,
Anrichte, Ausziehtisch preis-
wert zu verkaufen.
Heilbronner Straße 8 parterre.

Post-Schreibtisch.
verf. Leibel, Köpenicker Str. 72.

Zurückiges Zimmer
an Privat zu verkaufen. Zu
erfragen Tel. Aurfürk 2885.

Plüschteppich,
gebraucht, 200x310, veräußert.
Anfr. unter Wn. 4808 Mühlent-
empel - Filiale Werderscher Markt.

Wohnsalon
u. Schlafzimmer, Pianola zu
verkaufen. Tel. Bld. 6033.

Weißfuchsmuff
sehr großes, prachtvolles Gem-
pelt, ist sofort preiswert zu
verkaufen. Händler verboten.
Geheer, Neue Winterfeldstr. 21, II

Louis XVI. - Salon
(Gold), hochlegant, schw. seid.
Portieren, preiswert veräußert.
H. 11, Balansee, Aurfürken-
damm 111.

Pelzmantel,
neu, hochleg., II. Fig., 42—44,
1600 Mt. Besichtigung 1—3.
Brückenstraße 2, III. L.

Honolulu-Krone,
Stöckchen, veräußert.
Krone,
Hohenstraße 8.

Reisfisch, Eisenb.
Tablets, Bratenstücken, Tee-
und Kaffeekannen usw., passend
für Geschenke, verkauft. Al-
tmantel 138, II rechts.

Falt neuer Umbau
und andere Möbel preiswert
zu verkaufen. Pachtstr.
Wohnenstraße 51.

Mod. Gobelin-Garnitur
f. Wohnsalon, rund. Tisch u.
Damenstab, zu verk. Friedenau,
Befreierstr. 19, I rechts.

Nerz-Muff,
Manteltragen, zu verkaufen,
900 M. Schillerstraße 28,
Krause.

Pianino, Truhen, Kofe,
Reisepumpe, u. and. zu
verk. 12—4 Uhr. Off. E. 6033
Mühlentempel - Filiale
Faulenhiestrasse 1.

Mahagoni-Salon
zu verkaufen.
Kronprinzen - Ufer 21, III.

Leniers, Hgn.
2000 M., niederl. Stil, verf.
Schmidt, Bromberger Str. 4

Brillantschmuck,
wertvoll, preisw. zu verkauf.
Händl. verb. Off. unt. E. 6503
Mühlentempel - Filiale
Faulenhiestrasse 1.

Damen-Schreibtisch
300 M., nur an priv. zu verk.
Besichtigung 3—6. Aurfürken-
damm 205, hochpart. links.

Elektr. Schwinkeifen
m. 6 Schaltungen, f. 30 Glüh-
körper, fast Eise, mit stell.
Schl., verkauft
Kettner, Pariser Straße 30.

Chindilla-Stola
30 Felle, sehr schön. Eitel,
verkauft Kettner, Pariser Str. 30.

Nerzgarnitur,
Stola u. Sonnenmuff, erhell.
Felle, Wert 1200 M., zu 700
Mark veräußert. Anzuleben
3—4 bei Reuter, Neutempel-
hof, Kaiserstraße 4.